Verehrte Vereinigung zur Wahrung der Menschenrechte,

ich wende mich an Sie als Institution, die zur Korrektur und Aufrechterhaltung der Menschenrechte, die in unterschiedlichen unten angeführten Konventionen als Übereinkunft aller Mitgliedstaaten, auch in Österreich, gilt, dient.

Die Situation der ungeimpften und gesunden Menschen in Österreich ist völkerrechtlich verbotener Folter zuzuordnen. Diese ungeimpften, aber gesunden Menschen befinden sich seit November 2021 in durchgehendem Lockdown. Sie sind somit eine durch Isolation ausgrenzte Volksgruppe.

Corona ist eine Erkrankung, die gut einordenbare Risikogruppen umfasst: Lediglich ältere Personen, mindestens über 60, mit einer oder mehreren Vorerkrankungen, Adipositas sowie Diabetes mellitus zählen zu dieser Gruppe, deren Krankheitsverlauf könnte schwer sein oder sogar in wenigen Fällen tödlich verlaufen. Die Sterblichkeit von COVID-19 beträgt weltweit: 0,15% lt. Dr. Ioannidis,¹ wobei unklar bleiben wird, woran diese Personen tatsächlich verstarben. Obduktionen gab es nur im Promillebereich.

Als gelindestes Mittel wäre Prophylaxe anzusehen, diese wird in Österreich nicht propagiert. Therapie, die in vielen Teilen der Welt erfolgreich angewandt wird, ist in Österreich untersagt. Der Ankauf von Ivermectin im Internet wird identifiziert und geahndet. In Österreich wird man nach positiver Testung (die allein insuffizient ist) ohne Therapiemöglichkeit oder Information in Quarantäne geschickt. Man hat abzuwarten, wie die Krankheit sich entwickelt.

Am 7.1.2022 befanden sich 289 Fälle in intensive care, aber es ist unbekannt, ob diese Patienten an oder mit Covid leiden, ob sie geimpft sind oder als ungeimpft gezählt werden. Eine Auslastung der verfügbaren Kapazitäten wurde niemals erreicht. Vakzinierung, die älter als 6 Monate ist, wird als ungültig erklärt, man ist ungeimpft. Einmalige Vakzinierung gilt als ungeimpft. Nunmehr gilt auch zweimalige Vakzinierung als nicht geimpft, da geboostert werden muss. Der Genesenenstatus ist lediglich für 180 Tage gültig, dann gilt man als ungeimpft.

FFP2 Masken, die sogar laut WHO keinerlei Einfluss auf ein Infektionsgeschehen haben, müssen auch im Freien getragen werden. Ein Abstand von 2 Metern ist zu anderen Menschen einzuhalten. Die willkürliche Verkürzung der Dauer des grünen Passes addiert über 3 Millionen Menschen zu den Ungeimpften.

„Ab dem 11. Jänner 2022 gilt auch im Freien eine FFP2-Maskenpflicht sofern der 2-Meter-Abstand nicht eingehalten werden kann. Das betrifft zum Beispiel Fußgängerzonen, Warteschlangen, Gruppenansammlungen. Die Tragepflicht gilt nicht für engste Angehörige wie Partner*innen oder Kinder. Die Gültigkeit des Grünen Passes wird ab dem 1. Februar auf 6 Monate reduziert.

Handel und körpernahe Dienstleistungen

Seit 12. Dezember 2021 ist der bundesweite, generelle Lockdown beendet. Für Personen ohne gültigen 2G-Nachweis bleiben die Ausgangsbeschränkungen aufrecht (Lockdown für ungeimpfte Personen).

¹ <https://profiles.stanford.edu/john-ioannidis>

Handel und körpernahe Dienstleistungen sind für Personen mit gültigem 2G-Nachweis geöffnet.

Welche Regeln gelten für Treffen im privaten Bereich?

Geimpfte und Genesene dürfen zwischen 5 Uhr und 22 Uhr maximal 25 Personen treffen. Ab 22 Uhr sind nur Zusammenkünfte von nicht mehr als 10 Personen aus unterschiedlichen Haushalten erlaubt.

Für Ungeimpfte gilt weiterhin der Lockdown.“²

Der verwendete PCR Test ist kein diagnostisches Mittel, das angewandt werden kann um Corona Viren zu identifizieren, dennoch wird dieser Test als Indikator für Infektionen herangezogen. Aussagen ab etwa Replikationszyklus 25 sind nicht mehr verlässlich, bei den gegenständlichen PCR Test werden bis zu etwa 45 Replikationszyklen durchlaufen.

„Die Corona-Pandemie besteht insbesondere aufgrund hoher Infektionszahlen. Damit sind die Zahlen der positiven Testergebnisse gemeint. Die Infektionszahlen geben also nicht an, wie viele Menschen krank sind, sie geben nicht an, wie viele mit Symptomen im Bett oder gar im Krankenhaus liegen. Im Gegenteil. Den meisten Menschen mit einem positiven Testergebnis geht es recht gut, viele sind gar vollkommen symptomlos. Gäbe es also den PCR-Test nicht, hätten wir höchstwahrscheinlich keine Pandemie.“³

„Die Impfung verschafft keine sterile Immunität.

2 Wochen nach Impfung gilt man noch als ungeimpft, da naturgemäß die meisten Nebenwirkungen innerhalb der ersten beiden Wochen nach Applikation auftreten.

People who are just once vaccinated are considered as unvaccinated.

Durchschnittlich über 50% der Intensivpatienten sind geimpft.

Zwischen Impfquote, Infektionsrate und Mortalität besteht kein statistisch signifikanter Zusammenhang.

Lockdowns sind ungeeignet und nicht verhältnismäßig, sie verhindern die Ausbreitung einer Erkrankung nicht, im Gegenteil, in Österreich ist die Infektionsrate deutlich höher als etwa in Schweden, die Mortalität ist bis zu 40 mal höher.

Die Impfung reduziert keineswegs Ansteckung – oder Mortalitätsrisiko, die Wahrscheinlichkeit als Ungeimpfter NICHT auf der Intensivstation zu landen, lag bei 99,52%, als Geimpfter bei 99,92%.“^{4, 5}

Beschimpfungen und Erniedrigungen die mehrfach öffentlich in der Politik getätigt wurden, dienen der Einschüchterung der Bevölkerung, die ungeimpft und gesund ist: Zitat Kogler: „Staatsverweigerer, Demokratiefeinde, Neonazis und Neofaschisten“.

Wer sich nicht impfen lässt, wird mit Arbeitsverlust und Einkommensentzug bedroht, somit wird die Lebensgrundlage entzogen. Kündigungen wurden bereits in Massen ausgesprochen. Ärzte und Pflegepersonal werden unter Druck gesetzt, mit Disziplinarverfahren seitens der vertretenden Kammer an der Berufsausübung gehindert, gekündigt und mundtot gemacht. Es werden Broschüren und Ordinationsplakate als Vordruck gefertigt, um Impfungen zu propagieren. Den Ärzten ist bei Androhung von Disziplinarverfahren verboten, sich kritisch betreffend der Impfung zu äußern oder Patienten, die dadurch gesundheitliche Probleme bekommen, davon abzuraten.⁶

² https://coronavirus.wien.gv.at/oeffentliches-leben/#SozialesLeben_q2

³ <https://www.zentrum-der-gesundheit.de/news/gesundheits/covid-19/pcr-test-unzuverlaessig>

⁴ <http://ftp.freenet.at/privacy/gesetze/impfpflicht.pdf>

⁵ <https://tkp.at/2022/01/07/ursachen-fuer-verringerung-der-immunitaet-durch-jede-weitere-impfdosis/>

⁶ <https://www.aekwien.at/coronavirus>

Die Aufklärung über die Risiken und Nebenwirkungen der Vakzinen ist ausgelagert worden, die Bögen sind je nach Bundesland unterschiedlich verfasst. Das erste Blatt bezieht sich auf Studiendaten, die erhoben werden, im zweiten Blatt ist nicht zu finden, dass mRNA Impfungen tödlich verlaufen können. Hunderte Sportler weltweit sind an Herzversagen verstorben, viele Menschen werden folgen, in ihre Genetik wurde eingegriffen, obwohl das Risiko einer COVID Erkrankung unter 0% gewesen wäre. 957k people suffered injuries or death from covid-19 vaccinations.⁷

Dies alles, alle „Maßnahmen“, flankierend oder direkt verhängt, geschehen vorsätzlich rechtswidrig und schuldhaft, über 30 „Maßnahmen“ der Regierung wurden – im Nachhinein - als verfassungswidrig bezeichnet und aufgehoben.

Die Verordnungen der Regierung gegen das eigene Volk erfüllen den Tatbestand der schweren Nötigung, Ausgrenzung und Folter. Es gibt auch zur geplanten Durchsetzung zur Impfpflicht keinen Grund.⁸

Ich beziehe mich nun auf die Europäische Menschenrechtskonvention

Art. 3: Verbot der Folter: Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden.

Ausgrenzung und Isolation durch andauernde Lockdowns von gesunden Menschengruppen oder Einzelpersonen erfüllt den Tatbestand der Folter.

Öffentliche Beschimpfungen durch Politiker an gesunden Menschengruppen oder Einzelpersonen erfüllen den Tatbestand der erniedrigenden Behandlung.

Art. 5: Recht auf Freiheit und Sicherheit

(1) 1: Jede Person hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit. 2: Die Freiheit darf nur in den folgenden Fällen und nur auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise entzogen werden:

e) rechtmäßige Freiheitsentziehung mit dem Ziel, eine Verbreitung ansteckender Krankheiten zu verhindern, sowie bei psychisch Kranken, Alkohol- oder Rauschgiftsüchtigen und Landstreichern;

Es ist erwiesen, dass Lockdowns nicht dazu dienlich sind, die Verbreitung ansteckender Krankheiten zu verhindern. Vielmehr erfüllen sie hier den Tatbestand der schweren Nötigung, nämlich zu einer wirkungslosen, aber schädlichen Impfung gezwungen zu werden, um damit wieder am gesellschaftlichen öffentlichen Leben teilhaben zu dürfen.

Somit tritt Artikel 5 (5) in Kraft, denn jede Form der Isolation ist Freiheitsentziehung und Folter, sodass jeder davon Betroffene das Recht und den Anspruch auf Schadenersatz hat.

Art 7: Keine Strafe ohne Gesetz: Da bisher über 30 Verordnungen der Regierung verfassungswidrig waren, berufe ich mich auf den Art. 7 (1) 1 Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem oder internationalem Recht nicht strafbar war.

Art. 8: Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens

(1) Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz. Die österreichische Regierung verstößt auch gegen diesen Artikel, denn, Zitat: „Geimpfte und Genesene dürfen zwischen 5 Uhr und 22 Uhr maximal 25 Personen treffen. Ab 22 Uhr sind nur Zusammenkünfte von nicht mehr als 10 Personen aus

⁷ <https://www.oann.com/govt-data-reveals-over-946k-people-suffered-injuries-or-death-from-covid-19-vaccinations/>

⁸ <https://www.ganzeweche.at/inhalte/artikel/?idartikel=13215/Es-gibt-keinen-Grund-die-Impfpflicht-einzufuehren>

unterschiedlichen Haushalten erlaubt. Für Ungeimpfte gilt weiterhin der Lockdown.“ Somit sind ungeimpfte gesunde Menschen weiterhin und durchgehend seit November 2021 nicht nur vom öffentlichen Leben sondern auch von ihrem eigenen Privat – und Familienleben ausgeschlossen.

Art. 9: Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit

(1) Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht oder Praktizieren von Bräuchen und Riten zu bekennen.

(2) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekennen, darf nur Einschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die öffentliche Sicherheit, zum Schutz der öffentlichen Ordnung, Gesundheit oder Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer.

Hier wird darauf verwiesen, dass wissenschaftlichen Diskurs angesehener und anerkannter Experten von sogenannten Experten verboten wird, indem Germanisten und Journalisten bzw. völlig inadäquat ausgebildete und bezahlte Personen feststellen, welche Inhalte gelöscht werden und welche verbreitet werden dürfen. Dr. Robert Malone, der maßgeblich an der Erfindung der mRNA Vakzine beteiligt war, wurde von Twitter gesperrt.⁹ Dies hat mit öffentlichen Interessen nichts zu tun, denn es ist von öffentlichem Interesse, alle Vorteile und Nachteile vor einer Entscheidung abwägen zu können. Die mRNA oder auch Vektorimpfstoffe sind befristet not-zugelassen und es ist erwiesen, dass sie schwere Nebenwirkungen bis zum Tod auslösen können. Durch Verschleierung, Fälschung und Manipulation von Zahlen oder Verschweigen der für die Statistik wichtigen Termini werden Personengruppen und Einzelpersonen in die Irre geführt, sie werden getäuscht und manipulativ genötigt, den medizinischen Eingriffen (wiederholten Vakzinierungen) zuzustimmen.

Somit wird das Recht der nach Art. 10 Freiheit der Meinungsäußerung nicht nur beschnitten, sondern einseitig manipuliert und somit verunmöglicht, sich ein neutrales aber vollständiges Bild der Situation machen zu können.

(1) 1Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. 2Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. 3Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Hörfunk-, Fernseh- oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.

Es wäre wichtig, auf allen Plattformen im Internet zu beginnen, der Verantwortung gerecht zu werden, denn durch Verschleierung, Verschweigen und Verheimlichen und Manipulation von wichtigen Daten zur Volksgesundheit wird die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit gefährdet, die Aufrechterhaltung der Ordnung wird verhindert, Verübung von Straftaten verzweifelter und isolierter Bürger wird Vorschub geleistet, der Schutz der Gesundheit oder der Moral ist einseitig aufgehoben, der Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer werden einer insuffizienten Korrektur und öffentlichen Beschimpfungen seitens der Politik unterworfen.

Die Unparteilichkeit der Rechtsprechung ist aufgehoben. Die Grenzen zwischen Legislative und Exekutive sind mit den Vormachtstellungen des Bundesministers für SGPK aufgehoben.

Art. 11: Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

⁹ <https://metro.co.uk/2021/12/31/prominent-virologist-kicked-off-twitter-for-spreading-anti-vaxx-video-15844655/>

(1) Jede Person hat das Recht, sich frei und friedlich mit anderen zu versammeln und sich frei mit anderen zusammenzuschließen; dazu gehört auch das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu gründen und Gewerkschaften beizutreten.

(2) 1Die Ausübung dieser Rechte darf nur Einschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale oder öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer. 2Dieser Artikel steht rechtmäßigen Einschränkungen der Ausübung dieser Rechte für Angehörige der Streitkräfte, der Polizei oder der Staatsverwaltung nicht entgegen.

Auch dieser Artikel wurde bereits dahingehend verletzt als dass versucht wird, die Demonstranten öffentlich als Staatsverweigerer, Demokratiefeinde, Neonazis und Neofaschisten darzustellen, sie willkürlichen Maskenpflichten zu unterwerfen und verwaltungsrechtlich bei Nichtbeachtung zu strafen. Die Einhaltung eines 2 Meter Abstandes ist bei einer Demonstration von 500.000 Menschen schlicht nicht möglich. Somit verstößt die österreichische Regierung auch gegen diese dem Volk zustehenden Rechte. Das Demonstrationsrecht ist in einer Demokratie prinzipiell unantastbar.

Art. 13: Recht auf wirksame Beschwerde: Jede Person, die in ihren in dieser Konvention anerkannten Rechten oder Freiheiten verletzt worden ist, hat das Recht, bei einer innerstaatlichen Instanz eine wirksame Beschwerde zu erheben, auch wenn die Verletzung von Personen begangen worden ist, die in amtlicher Eigenschaft gehandelt haben. Beschwerden können eingebracht werden, jedoch ist die Dauer der Beschlussfassung völlig unangemessen an dem Schaden, der durch die verhängten Maßnahmen der Regierung verursacht wird. Somit ist die Wirksamkeit einer Beschwerde schlicht nicht gegeben.

Art. 14: Diskriminierungsverbot: Der Genuss der in dieser Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten ist ohne Diskriminierung insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder eines sonstigen Status zu gewährleisten. Dies wird schon dadurch verletzt, dass gesunde Personengruppen sich im permanenten Lockdown befinden. Diese dann darüber hinaus als Staatsverweigerer, Demokratiefeinde, Neonazis und Neofaschisten zu bezeichnen, ist erniedrigend und soll demotivieren.

Art. 15: Abweichen im Notstandsfall

(1) Wird das Leben der Nation durch Krieg oder einen anderen öffentlichen Notstand bedroht, so kann jede Hohe Vertragspartei Maßnahmen treffen, die von den in dieser Konvention vorgesehenen Verpflichtungen abweichen, jedoch nur, soweit es die Lage unbedingt erfordert und wenn die Maßnahmen nicht im Widerspruch zu den sonstigen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Vertragspartei stehen.

(2) Aufgrund des Absatzes 1 darf von Artikel 2 nur bei Todesfällen infolge rechtmäßiger Kriegshandlungen und von Artikel 3, Artikel 4 (Absatz 1) und Artikel 7 in keinem Fall abgewichen werden.

(3) 1Jede Hohe Vertragspartei, die dieses Recht auf Abweichung ausübt, unterrichtet den Generalsekretär des Europarats umfassend über die getroffenen Maßnahmen und deren Gründe. 2Sie unterrichtet den Generalsekretär des Europarats auch über den Zeitpunkt, zu dem diese Maßnahmen außer Kraft getreten sind und die Konvention wieder volle Anwendung findet.

Dazu ist zu sagen, dass während der gesamten sogenannten Pandemie niemals eine Auslastung der zur Verfügung stehenden Intensivbetten erreicht wurde. Der Zustand einer

Pandemie oder eines eventuellen Notstandes wurde niemals auch nur annähernd erreicht. Die Infektionszahlen von Corona sind ähnlich wie bei der jährlich zu erwartenden Grippewelle, zudem werden an Grippe erkrankte Personen zu Coronainfizierten gezählt, da der PCR Test dies nicht unterscheidet.

Die willkürlich gewählten Maßnahmen der Regierung waren niemals angemessen oder das gelindeste Mittel, im Gegenteil, es wird alles versucht, um eine Impfquote von über 90% zu erreichen, auch wenn diese nicht evidenzbasiert ist oder der Wissenschaft entspricht, noch irgendeinen Sinn ergibt.

Die Vorgangsweise der Impfpflicht wurde letztmalig von Adolf Hitler gewählt, als er das Gesetz zur Bekämpfung der schwarzen Pocken verabschiedete. Da dies aber völlig andere Letalitätszahlen, sowie Stabilität des Virus und vor allem Wirksamkeit der verimpften harmlosen Kuhpocken beinhaltet, kann dies mit einer in die DNA des Menschen eingreifenden, aber gegen Infektion wirkungslosen, jedoch erzwungenen Verabreichung eines Serums, das mehr Nebenwirkungen hat als alle Impfungen in der Geschichte der Menschheit zusammen, nicht gleichgesetzt werden.

Es handelt sich bei den verimpften Vakzinen nicht um eine Schutzimpfung.

Folter (auch Marter oder Tortur) ist das gezielte Zufügen von psychischem oder physischem Leid (Schmerz, Angst, massive Erniedrigung), um Aussagen zu erpressen, den Willen des Folteropfers zu brechen oder das Opfer zu erniedrigen.

§ 312a StGB Folter

Torture is the deliberate infliction of severe pain or suffering on a person.

Torture has been carried out or sanctioned by individuals, groups, and states throughout history from ancient times to modern day, and forms of torture can vary greatly in duration from only a few minutes to several days or longer. Reasons for torture can include punishment, revenge, extortion, persuasion, political re-education, deterrence, coercion of the victim or a third party, interrogation to extract information or a confession irrespective of whether it is false, or simply the sadistic gratification of those carrying out or observing the torture.[1]

Die permanenten Lockdowns ungeimpfter Personen sind dazu angetan, um ihren Widerstand gegen die Vakzinierung mit mRNA oder Vektorimpfstoffen zu brechen. Die Lockdowns sind dazu angetan, die Personen, die sich nicht impfen lassen wollen, öffentlich zu diskriminieren und diskreditieren, indem man sie für Verbreitung des Virus und Erkrankung anderer Personen verantwortlich macht. Dies ist nicht evidenzbasiert. Dies ist willkürlich angewandte psychische Folter. Weiters ruiniert man mit Permanentlockdowns jegliche finanzielle Existenz.

Ich beziehe mich weiters auf das UNO-ABKOMMEN GEGEN FOLTER¹⁰

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948)

«Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.» (Artikel 5)

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966)

«Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden. Insbesondere darf niemand ohne seine freiwillige Zustimmung medizinischen oder wissenschaftlichen Versuchen unterworfen werden.» (Artikel 7)

«Jeder, dem seine Freiheit entzogen ist, muss menschlich und mit Achtung vor der dem Menschen innewohnenden Würde behandelt werden.» (Artikel 10)

¹⁰ <https://www.amnesty.ch/de/themen/folter/zahlen-fakten-und-hintergruende/abkommen-gegen-folter>

Uno-Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (1975) «Kein Staat darf Folter oder andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe zulassen.» (Artikel 3) Uno-Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (1984)

«Jeder Vertragsstaat trifft wirksame gesetzgeberische, verwaltungsmäßige oder sonstige Maßnahmen, um Folterungen in allen seiner Hoheitsgewalt unterstehenden Gebieten zu verhindern.» (Artikel 2) REGIONALE ABKOMMEN GEGEN FOLTER

Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (1950) «Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.» (Artikel 3)

Amerikanische Menschenrechtskonvention (1969)

«Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden. Alle Personen, denen ihre Freiheit entzogen wurde, sind mit Achtung vor der angeborenen Würde der menschlichen Person zu behandeln.» (Artikel 5)

Afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker (1981) «Jedermann hat Anspruch auf Achtung seiner Menschenwürde und auf Anerkennung seiner Rechtspersönlichkeit. Jede Form der Ausbeutung und Herabsetzung, insbesondere Sklaverei, Sklavenhandel, Folter, grausame, unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung sind verboten.» (Artikel 5)

HUMANITÄRES VÖLKERRECHT

Genfer Konventionen (1949)

«... Zu diesem Zweck sind und bleiben in Bezug auf die oben erwähnten Personen jederzeit und überall verboten:

a) Angriffe auf Leib und Leben, namentlich Mord jeglicher Art, Verstümmelung, grausame Behandlung und Folterung

c) Beeinträchtigung der persönlichen Würde, namentlich erniedrigende und entwürdigende Behandlung» (Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung)

Ich sehe alle diese Artikel und Übereinkünfte verletzt durch die andauernde Isolationshaft gesunder Menschen, ihre Herabwürdigung durch öffentliche Beschimpfungen, weiters die Aufbürdung der Frage der Schuld auf Ungeimpfte, die nicht für die Verbreitung des Corona Virus verantwortlich zu machen sind. Im Gegenteil, die Geimpften sind es, die durch Impfdurchbrüche weitere Krankheitsspots erzeugen und verbreiten, hier nur ein Beispiel.¹¹ Ebenso sind es die Geimpften, die die Spitäler füllen¹².

Statuten Amnesty International Austria¹³

Artikel 3 (Ziele und Zweck des Vereins) Amnesty Internationals Vision ist die einer Welt, in der alle Menschen die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Menschenrechtsstandards festgeschriebenen Rechte haben. Um dieses Ziel zu erreichen, hat es sich Amnesty International zur Aufgabe gemacht, durch Ermittlungsarbeit und Aktionen schwerwiegende Verletzungen dieser Rechte zu verhindern beziehungsweise zu beenden. Amnesty International bildet eine weltweite Gemeinschaft von Menschenrechtsverteidiger*innen, mit den Prinzipien der internationalen Solidarität, effizienter Maßnahmen zu Gunsten des individuellen Opfers, weltweiter Tätigkeit, der

¹¹ <https://www.washingtonpost.com/travel/2022/01/05/every-cruise-ship-covid-cdc/>

¹² <https://www.beckershospitalreview.com/public-health/nearly-60-of-hospitalized-covid-19-patients-in-israel-fully-vaccinated-study-finds.html>

¹³ <https://www.amnesty.at/media/3195/180426-satzung-amnesty-international-oesterreich-vonmvmkangl.pdf>

Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte, der Unparteilichkeit und Unabhängigkeit, sowie der Demokratie und des gegenseitigen Respekts.

Artikel 4 (Ideelle Mittel zur Erreichung der Vereinsziele) Amnesty International wendet sich an Regierungen, zwischenstaatliche Organisationen, bewaffnete politische Gruppen, Unternehmen und sonstige nicht-staatliche Akteur*innen. Amnesty International ist bestrebt, Menschenrechtsverletzungen genau, rasch und beharrlich aufzudecken. Die Organisation ermittelt systematisch und unparteiisch die Fakten individueller Fälle und Muster von Menschenrechtsverletzungen. Diese Ermittlungsergebnisse werden veröffentlicht, und Mitglieder, Unterstützer*innen und Mitarbeiter*innen mobilisieren öffentlichen Druck auf Regierungen und andere, die Menschenrechtsverletzungen zu beenden. Zusätzlich zu ihrer Arbeit gegen spezifische Menschenrechtsverletzungen drängt Amnesty International alle Regierungen, die Herrschaft des Rechts zu beachten und Menschenrechtsstandards zu ratifizieren und umzusetzen; sie führt ein weites Spektrum von Aktivitäten im Bereich der Menschenrechtsbildung durch; und sie bestärkt zwischenstaatliche Organisationen, Einzelpersonen und alle Organe der Gesellschaft darin, die Menschenrechte zu unterstützen und einzuhalten.

Ich fordere Sie als Organisation gemäß Ihrer Statuten zur Wahrung der Übereinkünfte betreffend Menschenrechte dringend auf, tätig zu werden und die österreichische Regierung zur sofortigen Beendigung aller Maßnahmen, sofortigen Beendigung jeden Versuches der weiteren psychischen Folter, Nötigung und Erpressung an ungeimpften Personengruppen und Einstellung aller Vakzinierungen und endlich zur Durchführung angemessener Prophylaxe und Therapie anzuhalten.

Dr. Angelika Schlager, Wien, 07.01.22